

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Montag, den 15. Februar 1915.

22. Jahrg.

## Das kriegerische Rußland.

„Ohne Gnade“ will die Regierung der französischen Republik den Kampf gegen Deutschland führen, da kann man sich nicht wundern, daß auch die weniger zivilisierte russische Regierung weder Gnade noch Erbarmen kennen will. Die Pose der Unerbittlichkeit, die die Herren Goremykin und Sazonow in der letzten Dumafassung einnahmen, mag ja einen kleinen Stachel ins Lächerliche haben, denn einstweilen — solange die deutsche Heere tief im russischen Polen stehen — hängt Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes glücklicherweise nicht von den mehr oder weniger guten Absichten der russischen Herren ab. Man braucht auch nicht zu glauben, daß die Minister in Petersburg die militärische Lage Rußlands so dargestellt haben, wie sie selber sie sehen, sie haben sie aber so geschildert, wie sie nach ihrem Wunsche vom russischen Volke gesehen werden soll. Ein Gemälde, wie es die russische Regierung entworfen hat, entwirft man nicht, wenn man die Hoffnung auf Sieg schon aufgegeben hat und Gedanken an den Frieden zu nähern beginnt. Die von der russischen Regierung gegebene Darstellung der Kriegslage mag phantastisch, ihre Hoffnungen mögen aberwichtig sein, aber an einem ist nach der letzten Dumafassung nicht mehr der geringste Zweifel erlaubt, daran nämlich, daß die russische Regierung noch lange nicht kriegsmüde ist, und daß sie die alleräußersten Anstrengungen machen will, um die militärische Situation zu ihren Gunsten zu ändern.

Da auf ein friedliches Entgegenkommen der Westmächte einstweilen nicht zu rechnen ist, richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit in den letzten Wochen auf den vermeintlich schwächsten Punkt des feindlichen Bundes: man sprach und sprach immer wieder von einem Separatfrieden mit Rußland. Diese Unterhaltungen wird man jetzt einstellen müssen, solange nicht die gegenwärtige russische Regierung gekürzt oder die russische Armee hoffnungslos geschlagen ist. Eine russische Regierung, die dem Volke den Erwerb Galiziens und Konstantinopels versprochen hat, wie das Sazonow wieder tat, kann nicht nach ein paar Wochen — ohne gründlichen Umkehrung der Kriegslage zu ihren Ungunsten — einen Frieden auf Grund des Statusquo abschließen. Ein solcher Hans im Glück ist nur im Märchen möglich, nicht aber an der Spitze eines großen Staates; da würde er dem Feldstein, den er für seinen Saft Gold eingehandelt hat, rettungslos nachplumpfen. Für die Regierung des Zaren und den Zaren selbst ist durch die Ministerreden vom 10. Februar die siegreiche Beendigung des Weltkrieges erst recht und völlig zur Existenzfrage geworden. Es ist nichts mit dem Separatfrieden mit Rußland, und mit dem allgemeinen Weltfrieden, den er vielleicht bald nach sich ziehen würde, ist es erst recht nichts!

Das sind harte Tatsachen — aber man muß den Mut haben, ihnen ins Gesicht zu sehen. Man muß auch den Mut haben, die Folgerungen zu ziehen, die sich aus ihnen mit unerbittlicher Notwendigkeit ergeben. Jeder fühlende Mensch sehnt den Tag herbei, an dem das furchtbare Völkerringen ein Ende nimmt, und es wäre der höchste geschichtliche Ruhm der Arbeiterbewegung, wenn es ihr gelänge, diesen Tag herbeizuführen. Es fragt sich, inwieweit und ob jetzt es möglich wäre, die französischen und englischen Arbeiter für diesen Plan zu gewinnen, es fragt sich erst recht, ob der Einfluß der Arbeiterparteien im Westen stark genug wäre, das Ziel zu erreichen. Sicher aber ist, daß auf die Mitwirkung der russischen Arbeiterklasse nicht zu rechnen ist, da diese ihren Einfluß auf die Regierungspolitik überhaupt nicht auf legalen Wege, sondern nur durch die Kraft der Fäuste auszuüben imstande ist. Nur eine aktiv revolutionäre Arbeiterbewegung könnte in Rußland als Gewicht in die Waagschale des Friedens fallen: eine solche Bewegung ist aber nicht möglich; solange Rußland noch — blind gegen die Ereignisse in Polen — in chauvinistischen Siegeshoffnungen schwelgt. Diese Hoffnungen mögen angesichts der Kriegslage für Deutschland keine unmittelbar drohende Gefahr mehr sein, auf alle Fälle aber bedeuten sie eine Verlängerung des Krieges.

Darüber muß man sich also völlig klar sein: es hängt nicht vom guten Willen des deutschen Volkes oder der deutschen Regierung ab, heute oder morgen Frieden zu schließen. Wie immer man die Regierung später einmal beurteilen wird, so wird man nicht von ihr sagen können, es habe sich ihr bis zum gegenwärtigen Zeit-

punkt irgendwo und irgendwann Gelegenheit zu einem annehmbaren Frieden ergeben und sie habe diese Gelegenheit nicht ergriffen. Solange sich aber eine solche Gelegenheit nicht ergibt, was bleibt übrig als weiterzukämpfen und zuzusehen, daß man nicht unter die Räder des Kriegswagens kommt? Das ist eine Pflicht nicht nur der Regierung, sondern des ganzen deutschen Volkes, und ihre Erfüllung läßt sich sehr wohl vereinbaren mit der andern Pflicht, jede wirklich vorhandene Gelegenheit zu benutzen, um der Welt das kostbare Gut des Friedens wiederzugeben.

Wer in so schwerer Zeit politisch verantwortlich handelt, darf sich durch seine Wünsche nicht den Blick für gegebene Tatsachen trüben lassen. Nein, unsre heißesten, unsre leidenschaftlichsten Wünsche dürfen uns darüber nicht täuschen, daß Rußland noch den Krieg will, daß auch England und Frankreich noch den Krieg wollen! Sie wollen den Krieg, weil sie die Hoffnung auf die Niederwerfung Deutschlands noch nicht aufgegeben haben. Der Friedenswille des englischen, des französischen, des russischen Proletariats wird in jedem Augenblick, in dem er wirksam in Erscheinung tritt, in der deutschen Arbeiterschaft lebhaftes Echo finden. Aber der Wille der Feinde, Deutschland niederzuzwingen, wird ebenso gewiß immer wieder auf die unbeugsam geschlossene Abwehr des ganzen deutschen Volkes stoßen. Die deutschen Arbeiter wollen den Frieden, sie wollen ihn aber nicht um den Preis eines zarischen Triumphs!

### Von den Kriegsschauplätzen.

Vor einigen Tagen kam über Genf eine Nachricht: in den Kreisen höherer französischer Militärs zirkulierte eine Liste, aus der hervorgehe, daß laut der Zusammenzählung der eingelieferten Erkennungsmarken 450 000 französische Soldaten gefallen seien. Uns erschien die Zahl phantastisch hoch, wir brachten die Meldung nicht. Nun aber hat Gustav Herve im Beisein der sozialistischen Minister Guesde und Sembat auf einer französischen Sozialistenkonferenz gar die Zahl 500 000 genannt; so viele „der Unseren“ seien gestorben. Dabei sind wohl die infolge des Krieges gestorbenen Zivilpersonen mitgerechnet. Jedenfalls hat keiner der anwesenden Minister widersprochen. Auch aus Genf kommt weiter der Bericht über eine Unterredung, die ein Mitarbeiter des Pariser „Matin“ mit Ritthener hatte. Auf die Klagen über die ungeheuren Verluste der Franzosen hat Ritthener geantwortet, auch England habe schweren Tribut gebracht, da seine Verluste an Toten 104 000 Mann betrügen. Diese Zahl von 104 000 war vor einigen Tagen als Gesamtverlust des englischen Expeditionskorps genannt worden.

Rund 600 000 Todesopfer allein von Frankreich und England dargebracht, dazu noch die verhältnismäßig viel größeren Verluste der Belgier — eiskalt greifen die Zahlen einem ans Herz. Gewaltig muß man sich zusammenreißen, um das politische Urteil nicht vom Mitgefühl ersticken zu lassen. Das politische Urteil gibt die Frage ein, ob nicht wenigstens Frankreich und Belgien bald geneigt sein werden, zur Beendigung des Jammers die Hand zu bieten. Auch das deutsche Volk hat ja schwer leiden müssen, aber die Zahl der Leben, die dieser Krieg von den deutschen Heeren forderte, war an beiden Fronten noch nicht den dritten Teil so groß, wie das Opfer, das Deutschlands Kriegsgegner allein an der Westfront darbringen mußten. Sagt das Verhältnis den Franzosen nicht, daß es für sie höchste Zeit ist, sich aus dem unheilvollen Bündnis zu lösen? Viele Generationen werden vergehen, ehe das vollarme Frankreich seinen Menschenverlust ausgleichen kann. Geht es so weiter, dann kann kommen, daß ein ganzes Volk, das für die menschliche Kultur immer noch unentbehrlich ist, aus dem Leben gelöscht wird.

Die Berichte, die Sonnabend und gestern vom Großen Hauptquartier herausgekommen sind, lassen ein wei-

teres erfreuliches Fortschreiten der deutschen Operationen in West und Ost erkennen. Aus ihnen ist auch zu ersehen, daß es in Ostpreußen weiter erfolgreich vorwärts geht.

Die Stimmung in Rußland ist angesichts der gegenwärtigen Kriegslage keine rosig. Die „Nowoje Wremja“ ruft eingangs eines Artikels über die neue Kriegslage den „harmherzigen Gott“ zu Hilfe, er möge doch „den tapferen Helden seine Hilfe nicht versagen“. Dann fährt der Verfasser des Artikels fort: „Ein furchtbarer orkanartiger Angriff des Feindes hat begonnen! Es wird wahrscheinlich der letzte in diesem Kriege sein! Wie eine mächtige Lawine, wie ein ungeheurer Heuschreckenschwarm ergossen sich die deutschen Truppen über das westliche Rußland. Das Vorwärtsdrängen geschah mit einer ungewaltigen Wucht und mit solcher gewaltigen Kraftentwicklung, daß es wohl möglich ist, daß die russische Heere nicht vermochten, standzuhalten, sondern überrannt wurden.“ Der Artikel schließt: „Gott sei unseren teuren Helden gnädig!“

Die amerikanische Note an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, die wir im Wortlaut in der heutigen Beilage veröffentlichen, läßt, soweit der Ton in Frage kommt, nichts an Freundlichkeit zu wünschen übrig. Der Inhalt aber zwingt zu anderen Schlußfolgerungen. Wir wollen, da ja die Antwort der deutschen Regierung noch nicht vorliegen kann, heute nicht weiter darauf eingehen.

Nach der Auffassung unterrichteter Kreise Londons ist die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für England nur eine Frage der Zeit. Nachdem das Parlament vor kurzem die Kredite für das Dreimillionenheer bewilligt hat, muß notwendigerweise die Frage auftauchen, woher diese drei Millionen kommen sollen. Es ist unmöglich, daß sie sich völlig aus Freiwilligen und Truppen aus den Kolonien rekrutieren. Die Regierung wird mithin dem Parlament einen Gesetzesvorschlag, der bereits vollständig ausgearbeitet sein soll, unterbreiten zwecks Einführung der allgemeinen Dienstpflicht, und das Parlament wird, nachdem einmal die Kredite bewilligt worden sind, kaum Schwierigkeiten machen, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen. Die ganze Frage wird bisher von den Tageszeitungen aus begreiflichen Gründen nur sehr wenig behandelt, umfomehr beschäftigen sich damit die Monatschriften und politischen Revuen, die fast ausnahmslos der allgemeinen Dienstpflicht wenig freundlich gegenüberstehen. Die diesbezügliche Politik der Regierung wird fast überall angegriffen.

Im englischen Unterhause beschäftigte sich der Premierminister Asquith mit der Steigerung der Lebensmittelpreise. Nach seinen Ausführungen sind nach statistischen Aufstellungen zwischen dem 1. Juni 1914 und dem 1. Februar 1915 Nahrungsmittel im Einzelverkauf in London um 23,9 Prozent, in anderen großen Städten um 22,8 Prozent und in kleinen Städten um 20,4 Prozent gestiegen. Gegen die Preise vom Februar 1914 ist Weizen um 72, Mehl um 75, das britische Fleisch um 6, Heberfleisch um 12, Zucker um 72 und Rohle um 15 Prozent teurer. Als Ursachen für die hohen Weizenpreise gab Asquith an, daß Australien diesmal sehr wenig zu exportieren hatte, daß die hohen Preise in Indien zu einem Ausfuhrverbot führten, und daß die argentinische Ernte infolge innerer Transportschwierigkeiten um 3 Wochen später ins Land kam. Auch durch die Schließung der Dardanellen wurden 10 Millionen Scheffel aufgehoben. Die Verwüstung der Ernten in Nordfrankreich führte dazu, daß Frankreich mit England einen Wettbewerb um Weizen eingehen mußte. Die Erhöhung der Frachten habe keinen sehr starken Einfluß auf die Weizenpreise; nach Juni dieses Jahres würde ge-









